

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 187 (2021)
Heft: 11

Artikel: Fehlende politische Führung Japans bei der Evakuierung aus Afghanistan
Autor: Ahr-Okutomo, Kumiko
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-976308>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Fehlende politische Führung Japans bei der Evakuierung aus Afghanistan

Im August 2021 schickte Japan militärische Transportflugzeuge ins Ausland (Afghanistan), um eigene Bürger und andere Personen erstmals in grossem Umfang zu evakuieren. Fehlende Führung und Verantwortung der Politik zum Schutz vor allem der eigenen Bürger kam aber ans Licht, was letztendlich den Landesverteidigungswillen Japans schwächen könnte.

Kumiko Ahr

Japan schickte drei militärische Transporter (eine C2 und zwei C130 und ca. 260 Soldaten) nach Afghanistan. Der erste Transporter landete am 25. August auf dem Flughafen in Kabul. Zwischen Kabul und Pakistan transportierten die Maschinen in den folgenden drei Tagen insgesamt 15 Zivilisten (davon 14 auf Anfrage der USA). Eine Regierungsmaschine landete inzwischen in Pakistan und wartete auf die Evakuierten. Am 26. August waren ca. 500 für die Japaner tätige einheimische Mitarbeiter und ihre Angehörigen mit Bussen zum Flughafen Kabul unterwegs, mussten aber wegen der Terroranschläge in der Nähe des Flughafens umkehren. Der im Vergleich zu anderen Ländern verspätete Einsatz der Transporter wurde in Japan zum Diskussionssthema. Die japanischen Diplomaten in Kabul flogen erstaunlicherweise bereits am 17. August mit englischer Hilfe ins Ausland. Später wurde bekannt, dass die USA angeblich die japanische Regierung am 20. August aufgefordert hatten, eigene Streitkräfte zur Evakuierung nach Kabul zu senden. Japan beschloss den Einsatz aber erst am 23. August.

US-Präsident Biden kündigte am 14. April 2021 den Rückzug aus Afghanistan an und traf am 16. April mit Japans damaligem Premierminister Suga in Washington zusammen. Am 2. Juli 2021 zogen die USA und die NATO-Truppen bereits vom Stützpunkt Bagram Air Base (40 km nördlich von Kabul) ab, wo das Hauptquartier der US-Streitkräfte ge-

wesen war.¹ Dieser Rückzug war aussergewöhnlich, da das Militär das Land vor den Zivilisten verliess und das Flugfeld frühzeitig aufgab.

Evakuierungen von Japanern im Ausland – damals und heute

Im Iran-Irak-Krieg (1980 bis 1988) konnten über 200 Japaner nicht aus dem Iran evakuiert werden. Das Gesetz der Streitkräfte Japans erlaubte damals nicht, militärische Flugzeuge ins Ausland zu fliegen. Nur dank der Türkei wurden die Japaner evakuiert. 1994 wurden rund 100 Japaner aus Jemen sowie 2011 17 Japaner aus Libyen evakuiert, wiederum dank der Hilfe ausländischer Militärs. Bei der Geiselnahme in einem Erdgasfeld in Algerien im Januar 2013 wurden zehn Japaner getötet. Weil die Schwäche der Informationsbeschaffung durch diesen Zwischenfall deutlich zu Tage trat, wurde der

«Kein Artikel in der japanischen Verfassung regelt den Notstand.»

Nationale Sicherheitsrat (National Security Council, NSC) im selben Jahr etabliert. Nach Gesetzesänderungen in den Jahren 2013 und 2015 dürfen die Streitkräfte unter gewissen Vorbehalten japanische Staatsangehörige und andere Personen im Ausland nicht nur transportieren, sondern auch schützen. Beim Einsatz in Afghanistan zeigten sich Mängel an diesen Gesetzesänderungen, da die Streitkräfte gemäss den Gesetzen nur dann zum Einsatz geschickt werden dürfen, wenn erstens das zuständige Land die Sicherheit gewährleistet, zweitens das zuständige Land einem Waffeneinsatz der Streitkräfte Japans zustimmt und drittens die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit dem zuständigen Land besteht. Im Fall Afghanistan trafen diese Punkte nicht zu. So erhielten die Streitkräfte nur den Auftrag zur Evakuierung. Weil die US-Truppen die Sicherheit am Flughafen und die Flugkontrolle bewahrten, gewährleistete dies die Transportsicherheit des Einsatzes. Die Regierung Japans er-

klärte die fehlende Zustimmung des zuständigen Landes mit dem Völkerrecht, wonach eine solche Aktion trotzdem erlaubt wäre. Die Schutz- und Rettungsaktion wurde jedoch nicht erwähnt. Die japanischen Staatsangehörigen und andere relevante Personen mussten folglich aus eigener Kraft bis zum Flughafen gelangen, wenn sie transportiert werden wollten.

Das Versäumnis nötiger Gesetzesänderungen ist dabei erneut klar geworden (selbst wenn das Gesetz einen Rettungseinsatz erlaubt hätte, wäre er jedoch schwierig gewesen). Überdies wurde bei der Evakuierung der japanischen Diplomaten das Verteidigungsministerium nie angefragt. Ob über eine Evakuierung der einheimischen Mitarbeiter nachgedacht wurde, ist auch fraglich, denn der Sicherheitsrat Japans beschloss am 23. August auf die Forderung des Aussenministeriums hin, einem Einsatz der Streitkräfte zuzustimmen. Die verspätete Aufforderung des Aussenministeriums verursachte deswegen das Scheitern der Operation. Die schwache politische Führung gegenüber den Bürokraten und der Mangel an Verantwortungsbewusstsein sind sichtbar. Die Wichtigkeit des Vertrauensgewinns im Ausland erhielt keine Beachtung. Ohne Hilfe und Vertrauen einheimischer Mitarbeiter ist das Sammeln von Informationen unmöglich. Während in den vergangenen 20 Jahren keine japanischen Streitkräfte in Afghanistan stationiert waren, war Japan aber dennoch stets einer der fünf grössten Entwicklungshelfer.

Corona-Massnahmen: Beispiele fehlender politischer Führung

Ein Beispiel des Mangels an politischer Führung und Verantwortungsbewusstsein zum Schutz des Bürgers ist auch bei den Corona-Massnahmen sichtbar. Japan besitzt die höchste Anzahl von CT-Geräten (pro 1 Million Einwohner) und von Betten (pro 1000 Einwohner) innerhalb der OECD-Länder. Dennoch wird immer wieder von einem Zusammenbruch der Spitäler berichtet. Weil zahlreiche private Spitäler die Aufnahme von Corona-Patienten verweigerten, stehen einige Spitäler vor der Gefahr fehlender Kapazitäten. Um das Problem zu lösen, hat die Regierung zur Förderung der Patientenauf-

► Ein Transporter C2 stand im Einsatz.

Bild: Wikipedia



nahme ein Budget bereitgestellt. Diese Mittel sind jedoch fast gänzlich im Gesundheitsministerium verblieben. Die politische Führung konnte weder auf die Bürokraten noch auf die privaten Spitäler Einfluss ausüben. Desgleichen geschah mit den Mitteln für die wirtschaftliche Hilfe für von Corona-Massnahmen betroffene Unternehmungen. Zum Beispiel ist der Gastronomiesektor von unverantwortlichen Bürokraten trotz vorhandenem Budget darum gebeten worden, den Betrieb fast ohne finanzielle Hilfe teilweise einzuschränken. Die Selbstmordzahl nimmt seit Sommer 2020 wieder zu, während sie zuvor seit 2011 kleiner geworden war. Vor allem ist diese Zunahme bei Frauen in den Zwanzigern und Dreissigern wegen finanziellen Schwierigkeiten gross. In Japan besteht ein starker Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und der Selbstmordrate; ein weiterer Anstieg der Selbstmordzahl wird erwartet.² Das Verhalten der Politik zeigt deutlich ein mangelndes Verantwortungsbewusstsein. Kein Artikel in der Verfassung regelt den Notstand, und das haben die Politiker stets ignoriert. Die Resignation respektive Verzweiflung des Volkes gegenüber den Politikern ist gestiegen. Diese Entwicklungen schwächen auch den Landesverteidigungswillen des Volkes.

Fazit

Die Bedingungen für einen Streitkräfteeinsatz zum Schutz und zur Evakuierung des eigenen Volkes und anderer Personen im

Ausland wirken widersprüchlich und realitätsfern, weil gerade unsichere Lagen einen Streitkräfteeinsatz zur Überlegung kommen lassen. Japan würde also zum Beispiel Nordkorea um Zustimmung eines Streitkräfteeinsatzes fragen, um einige Hundert angeblich entführter Japaner in einer Ret-

«Die Bedingungen für einen Streitkräfteeinsatz im Ausland wirken widersprüchlich und realitätsfern.»

tungsaktion aus Nordkorea zu holen? Obwohl der Sicherheitsrat etabliert ist, wurden trotz bestehender (wenn auch mangelhafter) Gesetze zuerst keine und danach zu späte Entscheidungen getroffen. Das Verhalten der Botschaft in Kabul und des Ausserministeriums in Tokio waren unverantwortlich. Wenn Politiker und Bürokraten weiter den Schutz des Volkes ignorieren und das Vertrauen des Volkes verlieren und die Streitkräfte einsatzunfähig halten, will dann noch jemand das eigene Land verteidigen? Eine chinesische Gruppe stellte kurz vor den Olympischen Spielen in Tokio einen bald danach wieder gelöschten Film ins Internet, der jedoch auf der Internetseite einer lokalen chinesischen kommunistischen Par-

tei weiter zu sehen ist. Der Film zeigt, dass China Japan mit atomaren Waffen angreifen würde, falls Japan Taiwan, das zuvor von China angegriffen wurde, zu Hilfe käme. Die weltweit proklamierte Politik Chinas, atomare Waffen «nicht zuerst einzusetzen», gilt nicht gegenüber Japan. Die atomaren Angriffe gegen Japan würden bis zur Vernichtung der Verteidigungsfähigkeit Japans andauern.³ Unabhängig davon, ob die chinesische Regierung die Veröffentlichung dieses Filmes erlaubte, ist klar, dass solche Meinungen in China existieren. Selbst wenn sich die Streitkräfte Japans verstärken, ohne Verfassungs- und Gesetzänderungen und politisches Verantwortungsbewusstsein gegenüber dem Volk bleiben sie weiter nur beschränkt einsatzfähig. Politische Führung ist dringend gefragt. ■

1 BBC: Bagram: Last US and Nato forces leave key Afghanistan base, 2.7.2021. <https://www.bbc.com>.

2 Asahi Shinbun: Koronaka de jisatsusha 3200 Ninzo, Kongomo zoka ka, Todaishisan, 22.7.2021. <https://www.asahi.com>.

3 Newsweek: China Officials Share Viral Video Calling for Atomic Bombing of Japan, 14.7.2021. <https://www.newsweek.com>.



Kumiko Ahr-Okutomo
Dr. phil.

Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Institut für Strategische Studien
8041 Zürich